

Chronologie

November / Dezember 2003*

November

1.11. Der ehemalige französische Notenbankchef *Jean-Claude Trichet* löst den Niederländer *Wim Duisenberg* als Chef der Europäischen Zentralbank ab.

3.11. Beim Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der Eurozone in Brüssel gewährt die italienische Präsidentschaft Frankreich weitere drei Wochen zur Vorlage einer Strategie zum Abbau des Haushaltsdefizits. Deutschland unterstützt Frankreich, indem es vorschlägt, der Ministerrat solle das Verfahren an den Anfang „zurücksetzen“ und von Neuem beginnen. Die Europäische Kommission spricht sich gegen ein solches Szenario aus.

3.11. Der französische Elektronikkonzern Thomson und das chinesische Unternehmen TCL International, weltweit drittgrößter Hersteller von Unterhaltungselektronik, schließen sich zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammen. Damit wird die Gruppe zu einem der größten Fernsehhersteller in der Branche. An dem neuen Konzern TCL-Thomson Electronics wird Thomson 33 Prozent der Anteile halten. Nach dem Börsengang sollen die chinesischen Anteile auf 40 Prozent reduziert werden.

4.11. Die Commission de Défense Nationale et des Forces Armées der Nationalversammlung legt einen Bericht über die Anpassung des französischen Militärapparats an die Risiken im Zusammenhang mit der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der Entstehung neuer Akteure auf der Weltbühne vor. Ab 2004 soll Frankreich über den neuen Marschflugkörper *Scalp EG* und ab Anfang 2007 über neue ballistische Raketen, *ASMP-A*, verfügen, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt sein sollen.

5.11. Der Verteidigungshaushalt wird mit einem Volumen von 41,56 Milliarden Euro verabschiedet. Dies bedeutet eine Gesamterhöhung um mehr als zwei Milliarden Euro (4,3 Prozent). Damit ist das Verteidigungsbudget der größte Investitionshaushalt und der zweitgrößte Posten des Gesamtbudgets nach dem Bildungshaushalt. Unter anderem ist die Anschaffung eines nuklear angetriebenen U-Bootes neuer Generation mit dem Namen „*Vigilant*“ vorgesehen.

6.11. Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* legt ein Paket zur Verbesserung der Altenpflege und Gesundheitsversorgung vor. Geplant ist eine grundsätzliche Reform des Behindertengesetzes von 1975. Das Paket beruht auf einem Gesamtzuschuss von neun Milliarden Euro, der unter anderem durch einen zusätzlichen Arbeitstag, im öffentlichen Dienst den Pfingstmontag, finanziert werden soll. Ziel ist es, die betroffenen Infrastrukturen zu verbessern sowie die soziale Integration behinderter Menschen zu fördern. Zu diesem Zweck soll ein neuer Zweig der *Sécurité Sociale*, die „*Caisse nationale de Solidarité pour l'Autonomie*“ eingerichtet werden.

7.11. Industrieministerin *Nicole Fontaine* spricht sich dafür aus, „die nukleare Option offen zu lassen“. Dies würde bedeuten, dass die französische Nuklearenergie durch den Bau eines auf Wasserdruck basierenden Reaktors (European Pressurized Water Reactor, *EPR*) vom deutsch-französischen Konzern „*Nuclear Power International*“ (Siemens und Framatome) auf Jahrzehnte hinaus fortgeführt würde. Mehrere Umweltverbände, wie etwa das Netzwerk „*Sortir du nucléaire*“, rufen zu einer Protestdemonstration am 17. Januar 2004 auf.

7.11. Beim Kurzempfang des russischen Präsidenten *Vladimir Putin* in Paris begrüßt Staatspräsident *Jacques Chirac* die „europäische Verankerung Russlands“. Haupt-

* Zusammengestellt von der Arbeitsstelle Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

themen des Treffens sind die Situation im Irak und im Nahen Osten sowie die europäisch-russischen Beziehungen. Als Zeichen der guten Atmosphäre wird Putin von Chirac zum Flughafen begleitet.

7.11. In einem Artikel in „Le Monde“ bedauert das ehemalige Mitglied der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), der Sprecher des Parti Socialiste, Julien Dray, die Allianz zwischen der LCR und der „sektiererischen“ Lutte Ouvrière (LO). Die Vertreter der trotzkistischen LCR hatten am 2. November 2003 ein Wahlabkommen mit der LO geschlossen. Das Abkommen eröffnet den beiden Parteien der extremen Linken die Möglichkeit gemeinsamer Listen bei den Regional- und den Europawahlen 2004.

8.11. Der Parti Socialiste (PS) kündigt eine Reform seines Mitgliederstatuts an, die den Parteibeitritt erleichtern und die Partei für ein größeres Spektrum der Gesellschaft öffnen soll. Dies gilt als Reaktion auf die Präsidentschaftswahl vom 21. April 2002, bei der der Kandidat des PS, Lionel Jospin, nicht in den zweiten Wahlgang vordringen konnte.

10.11. Die in Lourdes versammelten französischen Bischöfe sprechen sich gegen ein neues Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat aus. Sie äußern unter anderem die Befürchtung, dass das „zufriedenstellende Gleichgewicht von 100 Jahren Laizismus in Frankreich“ in Frage gestellt werden könnte.

10.11. Das erste „Forum für eine Partnerschaft mit Afrika“ wird von Staatspräsident Chirac und dem Präsidenten der Kommission der Afrikanischen Union, Alpha Oumar Konaré, in Paris eröffnet. Auf dem Forum treffen, außer den Vertretern der Staats- und Regierungschefs der G-8 und des NEPAD (New Partnership for Africa's Development), Vertreter internationaler Organisationen und der wichtigsten Entwicklungspartner Afrikas zusammen. Das Forum wurde von Frankreich nach dem G8-Gipfel in Evian vom Juni 2003, zu dem die G8-Mitglieder die Vertreter des NEPAD eingeladen hatten, initiiert.

11.11. Brigitte Sauzay, seit 1998 Beraterin des Bundeskanzlers für deutsch-französische Beziehungen, stirbt an den Folgen langer Krankheit. Die ehemalige Dolmetscherin der französischen Staatschefs George Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing und François Mitterrand gründete mit Rudolf von Thadden das Berlin-Brandenburgische Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa, Genshagen (BBI).

11./12.11. Das im Vorprogramm des Europäischen Sozialforums vom Europäischen Gewerkschaftsbund erstmalig organisierte Europäische Gewerkschaftsforum findet auf dem Platz des Hôtel de Ville in Paris statt. Etwa 800 Gewerkschaftler sowohl aus der Europäischen Union als auch aus Beitritts- und Drittländern debattieren über die Zukunft eines „weltoffenen Europa“.

12.11. Der Präsident der Nationalversammlung Jean-Louis Debré schlägt der parlamentarischen Laizismus-Kommission einen Gesetzentwurf vor, der das Verbot des Tragens sowohl religiöser als auch politischer Symbole in öffentlichen Schulen vorsieht. Aus Sicht Debrés soll darüber hinaus das Gesetz auch für diejenigen privaten Schulen gelten, die einen Vertrag mit dem Staat geschlossen haben und von diesem ihre Lehrer erhalten. Die Kommission spricht sich für ein solches Gesetz aus, lehnt aber die Einbeziehung der privaten Schulen ab.

12.-15.11. Zum Abschluss des am 12. November in Paris eröffneten zweiten Europäischen Sozialforums demonstrieren etwa 100 000 Globalisierungsgegner aus allen Kontinenten in den Pariser Straßen. Während des Forums sprechen sich die Teilnehmer für die „Trennung von Markt und sozialen Sicherungssystemen“, für ein „europäisches Mindesteinkommen“, für die „Beibehaltung öffentlicher Dienstleistungen“ und für die „Kontrolle der Europäischen Zentralbank durch die Bürger“ aus.

13.11. „Le Monde“ veröffentlicht mehrere Artikel zu den deutsch-französischen Beziehungen. Sie berichtet unter anderem über Äußerungen von Außenminister Dominique de Villepin vom 4. November beim Debattierclub „En Temps réel“ zu einer „deutsch-französischen Union“. Laut de Villepin sei der deutsch-französische Annäherungsprozess „die einzige Wette, die wir nicht verlieren können“. „Le Monde“ berichtet auch über eine IPSOS-Umfrage, der zufolge Frankreich in Deutschland als verlässlichster Partner gelte (56 Prozent, gegenüber 28 Prozent für die USA). 1996 sei das Verhältnis umgekehrt gewesen.

13.11. In einer Radiosendung des Senders „Europe 1“ kündigt Außenminister de Villepin die Bereitschaft der französischen Regierung an, sich stärker politisch und finanziell für den Wiederaufbau des Irak zu engagieren. Dies könne unter anderem durch technische Hilfe bei der Ausbildung irakischer Truppen geschehen. Diese Haltung bedeutet eine Korrektur der zurückhaltenden Position, die die französische Regierung auf der Madrider Konferenz vom Oktober 2003 eingenommen hatte.

13.11. Laut einer Schätzung des Statistikinstituts INSEE ist das französische Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2003 um 0,35 Prozent gewachsen. Nach einem Rückgang um 0,3 Prozent im zweiten Quartal 2003 entgeht Frankreich damit der Rezession.

14.11. Die jüdische Schule Merkaza Thora im Pariser Vorort Gagny wird in der Nacht von Kriminellen in Brand gesetzt. Innenminister *Nicolas Sarkozy* bezeichnet die Brandstiftung als antisemitisch motiviert. Nach einem Treffen des Kabinetts mit Staatspräsident *Chirac* am 17. November kündigt Premierminister *Raffarin* die Errichtung eines interministeriellen Komitees zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus an.

14.11. Beim Zusammenbruch einer Gangway des kurz zuvor in Saint-Nazaire fertiggestellten Kreuzfahrtschiffes „Queen Mary 2“ verunglücken 40 Besucher, davon 15 tödlich. Das Kreuzfahrtschiff war im November 2000 von der britischen Reederei Cunard, die zum amerikanischen Konzern Carnival gehört, beim französischen Unternehmen Alstom Marine bestellt worden.

17.11. Die „große nationale Debatte über die Schule“ wird von Bildungsminister *Luc Ferry* durch einen Besuch in Lille eröffnet. In den kommenden zwei Monaten werden sich Lehrer, Schüler, Eltern, Unternehmenschefs und Politiker über die „Zukunft der Schule“ austauschen. Im Anschluss daran soll eine von *Claude Thélot* geleitete „Kommission der nationalen Debatte über die Zukunft der Schule“ einen Bericht über mögliche Verfassungsänderungen ausarbeiten.

18.11. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Louis-Harris für die Zeitung „Libération“ sind 33 Prozent der Befragten mit der Politik von Premierminister *Raffarin* zufrieden. Im Dezember 2003 waren es noch 61 Prozent. 72 Prozent der Befragten gaben an, die Politik der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehe in die falsche Richtung.

18.11. Nach fast einem Monat Debatte stimmt der Senat in erster Lesung dem Gesetzentwurf über die Kompetenzen der Gebietskörperschaften zu. Der Text setzt die Verfassungsänderung zur dezentralisierten Organisation der Republik vom 28. März 2003 um und sieht damit die Übertragung zahlreicher weiterer Kompetenzen, wie etwa im Bildungsbereich, auf die Regionen und Départements vor.

19.11. Nach einem Treffen mit dem bayrischen Ministerpräsidenten, *Edmund Stoiber*, bestätigt Staatspräsi-

dent *Chirac*, dass Frankreich und Deutschland in einer Phase intensiver Kooperation seien. Er bestreitet hingegen, dass das Konzept einer „deutsch-französischen Union“ Gegenstand bilateraler Gespräche sei. Am selben Abend lehnt *Stoiber* das Konzept einer deutsch-französischen Union mit der Begründung ab, dies könne „unsere europäischen Freunde“ verärgern.

19.11. Sozialminister *François Fillon* stellt im Conseil des ministres einen Gesetzentwurf zur lebenslangen Weiterbildung und zum sozialen Dialog vor. Der Text sieht unter anderem eine Vertiefung der sozialen Demokratie durch die Verstärkung des repräsentativen Charakters der Gewerkschaften vor.

19.–21.11. Während seines dreitägigen Staatsbesuchs in Frankreich trifft der rumänische Präsident *Ion Iliescu* den französischen Staatspräsidenten *Chirac* und Entscheidungsträger aus der Wirtschaft. Hauptthema des Besuchs ist der Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union.

20.11. An sieben französischen Universitäten streiken die Studenten gegen die Modalitäten der europaweit angestrebten Harmonisierung universitärer Abschlüsse und gegen einen von Bildungsminister *Ferry* angekündigten Gesetzentwurf zur Modernisierung der Universitäten. Dieser soll den Universitäten mehr Unabhängigkeit verschaffen und wird von den streikenden Studenten als „Privatisierung der Universitäten“ bezeichnet.

20.11. Innenminister *Sarkozy* und der islamische Intellektuelle *Tariq Ramadan* nehmen gemeinsam an der politischen Fernsehsendung „Cent minutes pour convaincre“ (France 2) teil. In der Sendung spricht sich *Sarkozy* für eine „positive Diskriminierung“ zugunsten islamischer Religionsangehöriger, unter anderem im Schulsystem, aus. Anschließend bezeichnet der Fraktionsvorsitzende des Parti Socialiste in der Nationalversammlung, *Jean Marc Ayrault*, die Sendung als eine „Institutionalisierung *Tariq Ramadans*“. Der Präsident der Nationalversammlung, *Debré* (UMP), spricht sich gegen eine Debatte aus, die dazu führen werde, aus *Ramadan* den Vertreter des Islams in Frankreich zu machen.

22.11. Während weitere französische Universitäten in den Streik treten, kündigt Bildungsminister *Ferry* an, es stehe „kein Gesetzentwurf [zur Autonomie der Universitäten] auf dem Arbeitsprogramm der Regierung“.

24.11. Staatspräsident *Chirac* und der britische Premierminister *Tony Blair* treffen auf dem 26. britisch-französischen Gipfel in London zusammen. Hauptthe-

men des Gipfels sind die Verhandlungen über eine europäische Verfassung und die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik. Ohne das vom Vierer-Gipfel im April 2003 vorgeschlagene Projekt eines von der NATO getrennten europäischen Hauptquartiers zu übernehmen, sprechen sich Paris und London für die Einrichtung schneller europäischer Eingreiftruppen aus. Diese könnten im Krisenfall der UNO zur Verfügung gestellt werden.

24.11. Die „Autorité des marchés financiers“ wird durch die Fusion der „Commission des opérations de bourses“ und des „Conseil des marchés financiers“ gegründet. Ziel der Behörde ist eine verbesserte Regulierung der Finanzmärkte. Dies gilt als Antwort auf die zahlreichen Finanzskandale der letzten Jahre wie zum Beispiel die Enron-Affäre.

25.11. Die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone stimmen einem Text zu, der das Strafverfahren gegen Deutschland und Frankreich unterbricht, das aufgrund des fortgesetzten Verstoßes beider Länder gegen das Defizitkriterium des Stabilitätspakts von der Europäischen Kommission empfohlen worden war. Dies ist auf die von Deutschland und Frankreich mit Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg und Portugal gebildete mehrheitliche Koalition im EU-Rat zurückzuführen. Paris und Berlin verpflichten sich gleichwohl, ihre strukturellen Haushaltsdefizite im Jahr 2004 um 0,77 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf französischer und 0,6 Prozent auf deutscher Seite zu reduzieren.

26.11. Die Nationalversammlung stimmt den Beitrittsverträgen der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten zu. Allein drei der 508 wählenden Abgeordneten stimmen dagegen, während sich zwei Minderheitsströmungen innerhalb des Parti Socialiste, „Nouveau Parti Socialiste“ und „Nouveau Monde“, enthalten.

26.11. Die Präsidentin des Direktoriums der französischen Nukleargruppe Areva, Anne Lauvergeon, kündigt ein Abkommen mit dem europäischen Nuklearkonzern Urenco und den Bau eines neuen Werks zur Urananreicherung in Tricastin an. Das alte Werk der Gruppe soll 2012 geschlossen werden.

26.11. Beim Treffen der Forschungsminister der Europäischen Union in Brüssel wird Caradache (Bouches-du-Rhône) als europäischer Kandidat für den Standort des Internationalen Experimentalreaktors für Thermo-nukleare Kernfusion (International Thermonuclear Experimental Reactor, ITER) bestimmt. Das ITER-Projekt wird von China, der Europäischen Union, Japan, Kanada, Russland, den USA und Südkorea gemeinsam getra-

gen. Nun wird Caradache gegen die japanische Stadt Rokkashomura kandidieren.

27.11. Die Nationalversammlung stimmt in zweiter Lesung allein mit den Stimmen der UMP einem Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Kriminalität zu. Der Entwurf sieht unter anderem die Einführung spezieller Mittel zur Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen, wie zum Beispiel die Verlängerung des Polizeigewahrsams auf 96 Stunden (gegenüber maximal 48 Stunden heute), und die Einführung des Straftatbestandes des „erzwungenen Schwangerschaftsabbruchs“ vor. Mehrere Menschenrechtsvereinigungen sowie Anwalts- und Richterverbände sprechen sich heftig gegen ein solches Gesetz aus.

28.11. Auf der EU-Regierungskonferenz in Neapel legen Deutschland, Frankreich und Großbritannien gemeinsame Vorschläge zur Europäischen Verteidigungspolitik vor. Die Mitgliedstaaten einigen sich unter anderem auf eine organisatorische Einheit zur Planung und Durchführung autonomer europäischer Kampfeinsätze. Sie sehen außerdem die Errichtung eines europäischen Planungsstabs innerhalb des Hauptquartiers der NATO, Shape, vor.

30.11.–2.12. Premierminister Raffarin unternimmt eine dreitägige Reise nach Polen, die erste in einen der neuen EU-Mitgliedstaaten. In einem Interview vom 29. November für die polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ hatte Raffarin für das Prinzip der doppelten Mehrheit im EU-Rat und eine Begrenzung der Anzahl stimmberechtigter Kommissare auf 15 plädiert.

Dezember

1.12. Das Personal der französischen Botschaften und Konsulate tritt mit einem hohen Mobilisierungsgrad erstmalig in den Streik. Nach Auffassung der Streikenden ist mit nur noch 1,25 Prozent des nationalen Budgets (4,2 Milliarden Euro) keine angemessene Außenpolitik mehr möglich.

4.12. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie nimmt an einer Übung multinationaler Streitkräfte unter dem Namen „Opéra 3 Terre“ in Suippes (Aisne) teil. Die Übung, an der Truppen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Spanien und Kanada beteiligt sind, soll dazu dienen, das Funktionieren eines multinationalen Kommandos zu erproben, das sowohl unter der Verantwortung der NATO als auch der EU agieren kann.

4.–6.12. Während seines dreitägigen Staatsbesuchs in Tunesien lobt Staatspräsident Chirac die Wirtschaftsentwicklung des Landes und bezeichnet die Befriedigung von Grundbedürfnissen als erstes Menschenrecht. Diese Äußerung löst Empörung bei tunesischen und französischen Menschenrechtlern sowie Politikern aus. Der Vorsitzende des Parti Socialiste François Hollande erklärt, Chirac vertrete eine „minimale Auffassung von Menschenrechten“.

5.–6.12. Auf dem „5+5 Gipfel“ treffen sich Staats- und Regierungschefs südeuropäischer (Frankreich, Italien, Malta, Portugal und Spanien) und nordafrikanischer Länder (Algerien, Marokko, Mauretanien, Libyen, Tunesien). Die Teilnehmer sprechen sich unter anderem für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung illegaler Einwanderung aus Nordafrika aus. Ferner wird die Einrichtung eines jährlichen Forums für Handel und Investitionen in der westlichen Mittelmeerregion beschlossen.

7.12. Bei der für die Verfassungsänderung zur Dezentralisierung der Republik erforderlichen Volksabstimmung entscheiden sich die Wahlberechtigten von Guadeloupe und Martinique gegen die Zusammenlegung der Regionen und Départements der französischen Antillen zu einer einzigen Gebietskörperschaft.

8.12. Der ivoirische Präsident Laurent Gbagbo verschiebt seinen Staatsbesuch in Paris auf Januar 2004. Der notwendige französische Militäreinsatz für die Befreiung der von den Rebellen kontrollierten Stadt Bouaké wird von Gbagbo als Voraussetzung verbesserter diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Elfenbeinküste gesehen.

9.12. Staatspräsident Chirac und Außenminister de Villepin empfangen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer. Im Hinblick auf die EU-Regierungskonferenz in Brüssel einigen sie sich auf drei wesentliche Kriterien der künftigen europäischen Verfassung: die Durchsetzung des Prinzips der doppelten Mehrheit (Mehrheit der Mitgliedstaaten und 60 Prozent der EU-Bevölkerung) im Rat; die Begrenzung des Kommissions-Kollegiums auf 15 stimmberechtigte Mitglieder; die Erweiterung der qualifizierten Mehrheit auf neue Politikfelder.

9.12. Die amerikanische Regierung kündigt an, dass französische und deutsche Unternehmen sowie Unternehmen aus den Ländern, die mit den Amerikanern beim Irak-Einsatz nicht koalitiert haben, von den Aufträgen für den Wiederaufbau des Irak ausgeschlossen werden sollen. Die Verträge betreffen Bereiche wie die Aus-

rüstung einer neuen irakischen Armee, Ölanlagen und Kommunikationsnetze sowie Wasser- und Stromversorgung und erreichen ein Gesamtvolumen von 18,6 Milliarden Dollar.

9.12. Im Hinblick auf die Entscheidung der Europäischen Kommission vom 10. Dezember über die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomiebranche fordert Premierminister Raffarin ein Sondertreffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der Eurozone zu diesem Thema. Die italienische Präsidentschaft lehnt am selben Tag ein solches Treffen ab.

11.12. Die von Bernard Stasi geleitete Laizismus-Kommission übergibt Staatspräsident Chirac ihren Bericht. Dieser empfiehlt unter anderem ein Gesetz, das das Tragen deutlich sichtbarer religiöser und politischer Symbole in öffentlichen Schulen verbietet. Zudem schlägt die Kommission vor, dass die jüdische Feier „Yom Kippur“ und die muslimische Feier „Aid-el-Kebir“ zu Feiertagen in der Schule werden.

12.–13.12. Auf der EU-Regierungskonferenz zur europäischen Verfassung in Brüssel können sich die alten und neuen Mitgliedstaaten nicht auf einen Verfassungstext einigen. Grund des Scheiterns ist die Ablehnung

Spaniens und Polens, die Stimmengewichtung im EU-Rat nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit zu gestalten und die Anzahl der stimmberechtigten Kommissare auf 15 zu begrenzen. Als Reaktion auf diesen Misserfolg spricht sich Staatspräsident Chirac anschließend für eine „Pioniergruppe“ innerhalb der EU aus, an der sich diejenigen Länder, die eine weitergehende europäische Integration wünschen, in erster Linie Frankreich und Deutschland, beteiligen sollen.

15.12. Im Hinblick auf die Verhandlungen über den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007–2013 fordert Frankreich zusammen mit Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Österreich in einem Brief an den Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, eine Beschränkung des EU-Budgets auf 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Union.

15.12. Innenminister Sarkozy und der senegalesische Außenminister Macky Sall erzielen einen Kompromiss zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Senegalesen nach Frankreich. Während sich der Senegal verpflichtet, durch konsularische Visa die Ausweisung illegaler senegalesischer Einwanderer zu vereinfachen, unterbricht Frankreich die kollektiven Rückführungen illegaler Einwanderer in den Senegal und verspricht

mehr Studentenvisa. Bereits seit Mai 2003 verlangt Frankreich von jedem Senegalesen, der über den Pariser Flughafen Charles de Gaulle einreist, ein Flughafen-Tourismus-Visum.

15.12. Die Zeitung „La Croix“ entlässt Alain Hertoghe, den stellvertretenden Leiter ihrer Homepage. In seinem kurz zuvor veröffentlichten Buch „La guerre à outrances“ kritisiert Hertoghe die Berichterstattung der fünf führenden französischen Tageszeitungen, unter anderem „La Croix“, während des Irak-Krieges. Im Oktober hatte bereits „Le Monde“ ihren Mitarbeiter Daniel Schneidermann entlassen, der in seinem Buch „Le cauchemar médiatique“ den eigenen Arbeitgeber im gleichen Zusammenhang kritisiert hatte.

17.12. Staatspräsident Chirac kündigt ein Gesetz zum Verbot des Tragens deutlich sichtbarer religiöser Symbole in staatlichen Schulen und im öffentlichen Dienst, wie etwa in Krankenhäusern, an. Unauffällige Symbole sollen hingegen weiter geduldet werden. Chirac spricht sich auch gegen die Einführung eines jüdischen und eines muslimischen Feiertags in öffentlichen Schulen aus. Die Entscheidung Chiracs wird mehrheitlich begrüßt. Der Präsident der Nationalversammlung, Debré (UMP), lobt die Betonung eines „klaren und nicht aggressiven Laizismus“. Dominique Strauss-Kahn (PS) erklärt, dass ein solches Gesetz den Erwartungen der Sozialisten entspreche und einer Infragestellung des Laizismus entgegenwirke.

17.12. Der Staatsanwalt von Kalifornien ist in der so genannten „Executive-Life-Affäre“ zu einer Einigung mit dem französischen Staat, der Bank Crédit Lyonnais und dem Konzern Pinault gekommen. Der französische Staat und Crédit Lyonnais verpflichten sich, als Entschädigung jeweils 575 Millionen Dollar zu zahlen. Pinault erklärt sich zur Zahlung von 189 Millionen Dollar bereit. Der früheren Staatsbank Crédit Lyonnais wird von den Amerikanern vorgeworfen, mit der 1991 durchgeführten Übernahme der kalifornischen Versicherung Executive-Life gegen amerikanisches Recht verstoßen zu haben. Der Leiter des Pinault Konzerns, François Pinault, hatte außerdem 1992 Obligationen von Executive-Life übernommen.

18.12. Laut einer Schätzung des Statistikinstituts INSEE werden im Jahr 2004 das französische Wirtschaftswachstum bei 1,7 Prozent und die Arbeitslosenquote unter 10 Prozent liegen. Dies sei auf den neuen Schwung der Industrieproduktion und des Exports in Länder außerhalb der Eurozone, vor allem nach China, Großbritannien und in die USA, zurückzuführen.

19.12. Auf einer Sitzung des interministerialen Komitees zur Regionalplanung stellt Premierminister Raffarin „50 große Projekte für Frankreich in Europa“ vor. Die Projekte sollen 50 000 Arbeitsplätze schaffen und ein Gesamtvolumen von voraussichtlich 20 Milliarden Euro erreichen. Sie betreffen hauptsächlich den Verkehrsbereich und sehen unter anderem die Errichtung acht neuer TGV-Linien vor.

19.12. Bei seinem Besuch in Paris trifft der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika Staatspräsident Chirac im Élysée-Palast. Zum Abschluss des „algerischen Jahres“ in Frankreich hält Bouteflika einen Vortrag an der Pariser Universität Sorbonne, in dem er der Befürchtung Ausdruck gibt, islamische Religionsangehörige würden weltweit „verfemt und als bedrohlich für die Menschheit bezeichnet“.

19.12. Im Rahmen der Anklage gegen einen der Chefs der korsischen Nationalisten, Charles Pieri, deckt der Untersuchungsrichter Philippe Courroye ein auf Bestechung und organisierter Erpressung beruhendes korsisches Netzwerk auf. Firmenchefs, Leibwächter und korsische Nationalisten sind darin involviert.

21.12. Nach der Ankündigung des libyschen Staatschefs Mouamar Gaddafi, Libyen sei bereit auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verzichten, bestreitet Außenminister de Villepin, dass Frankreich über die Verhandlungen zwischen Großbritannien, den USA und Libyen informiert worden sei. Dies war von Verteidigungsministerin Alliot-Marie behauptet worden.

30.12. Arbeitslose demonstrieren gegen die Umsetzung der Ende 2002 beschlossenen Reform der Arbeitslosenversicherung Unédic und der Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose (Allocation Spécifique de Solidarité). Aufgrund eines Haushaltsdefizits der Unédic von 3,7 Milliarden Euro im Jahr 2002 hatten sich die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern am 20. Dezember 2002 auf eine Kürzung der Mittel über einen Zeitraum von drei Jahren verständigt. Laut einer Schätzung des Präsidenten der Unédic, Michel Jalmain, wird dies voraussichtlich zum Ausschluss von 180 000 bis 250 000 Langzeitarbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung ab Januar 2004 und von über 600 000 Langzeitarbeitslosen bis Ende 2005 führen.